

Brandenburg 2020: Städte stärken – Daseinsvorsorge sichern

Positionspapier zum **2. Brandenburger Stadtentwicklungstag** am 28.04.2014

INHALT

PRÄAMBEL	2
Der 2011 begonnene Diskurs wird fortgesetzt	2
Fortschreibung und Ergänzung der 2011 formulierten LEITLINIEN und FORDERUNGEN	2
„Sicherung der Daseinsvorsorge“ im Fokus des Zweiten Brandenburger Stadtentwicklungstages	2
LEITLINIEN.....	3
Brandenburger Städte - entscheidend für die Zukunft des Landes	3
Strukturpolitische Rahmenseetzungen für eine Stärkung der Städte erforderlich	3
Globale Entwicklungstrends und Brandenburgische Besonderheiten	3
Brandenburger Städte – Wirtschaftsstandorte mit Anspruch	4
Brandenburger Städte – Wohnstandorte mit Perspektive	4
Brandenburger Städte – Garanten für Bildung, Gesundheit und Versorgung für das gesamte Land	5
Brandenburger Städte – Zentren von Wissenschaft und Forschung	5
Brandenburger Städte – Identität, kulturelle Vielfalt und eine aktive Bürgergesellschaft	6
Brandenburger Städte und StadtRegionen – Vorreiter beim integrierten Handeln und Fördern	6
Die Konsequenz: „Stärken stärken“ heißt „Brandenburger Städte stärken“	7
BRANDENBURGER STÄDTE – ZENTREN DER DASEINSVORSORGE	8
Daseinsvorsorge sichern heißt: Anforderungen räumlich differenziert betrachten	8
Daseinsvorsorge sichern heißt: Die Zentren der Daseinsvorsorge müssen gut erreichbar sein	9
Daseinsvorsorge sichern heißt: Bildungslandschaft als Standortfaktor qualifizieren	9
Daseinsvorsorge sichern heißt: Gesundheitsversorgung zukunftsfähig gestalten	9
Daseinsvorsorge sichern heißt: Sozialpolitik auf kommunale Bedarfe und Möglichkeiten abstimmen	10
FORDERUNGEN AN DIE LANDESREGIERUNG.....	11

PRÄAMBEL

Der 2011 begonnene Diskurs wird fortgesetzt

Am 17. Oktober 2011 fand in Potsdam der Erste Brandenburger Stadtentwicklungstag statt. Er markierte einen Meilenstein im Selbstverständnis und im dialogorientierten Miteinander der Brandenburger Städte. Die Städte formulierten erstmals gemeinsame Positionen zu stadtentwicklungspolitischen Fragen und künftigen Herausforderungen. Das gemeinsame Positionspapier der drei Arbeitsgemeinschaften »Städtekrantz Berlin-Brandenburg«, »Innenstadtforum Brandenburg« und »Städte mit historischen Stadtkernen« fasst in LEITLINIEN und zehn FORDERUNGEN AN DIE LANDESREGIERUNG die Ergebnisse zusammen. Der Landtag und die Landesregierung haben reagiert: Der von der Landesregierung vorgelegte „Bericht zur Situation der Städte“ wurde am 22. Januar 2014 im Brandenburger Landtag behandelt.

Auch die Städte ziehen jetzt eine Zwischenbilanz. Mit dem Zweiten Brandenburger Stadtentwicklungstag wird im Vorfeld der Landtagswahl 2014 geprüft, ob und wie die LEITLINIEN modifiziert werden müssen, welcher Stand bei der Umsetzung der Forderungen erreicht wurde und welche Forderungen ggf. ergänzt werden müssen.

Fortschreibung und Ergänzung der 2011 formulierten LEITLINIEN und FORDERUNGEN

Das vorliegende Positionspapier beinhaltet die fortgeschriebenen LEITLINIEN – ergänzt um ergänzende Ausführungen zum Schwerpunktthema RANDENBURGER STÄDTE – ZENTREN DER DASEINSVORSORGE – und die fortgeschriebenen FORDERUNGEN AN DIE LANDESREGIERUNG.

„Sicherung der Daseinsvorsorge“ im Fokus des Zweiten Brandenburger Stadtentwicklungstages

Demografischer Wandel, auslaufender Solidarpakt II, Rückgang der EU-Strukturfondsmittel, Modifikationen im Länderfinanzausgleich und mögliche Veränderungen von Verwaltungsstrukturen auf Ebene des Landes und der Landkreise sind nur einige der von den Städten nicht direkt beeinflussbaren Faktoren, die wesentliche Auswirkungen auf deren Gestaltungsmöglichkeiten haben.

Mit dem Zweiten Brandenburger Stadtentwicklungstag verfolgen die Städte das Ziel, einen landesweiten Diskurs zur Entwicklung und zur zukunftsfesten Sicherung der Daseinsvorsorge anzustoßen. Im Zentrum steht dabei die Frage, wie die Städte künftig die notwendigen Funktionen und Aufgaben wahrnehmen können und welche Unterstützung sie dafür benötigen. Über Verwaltungs- und Zuständigkeitsgrenzen hinweg werden daher Handlungserfordernisse, Spielräume und Grenzen einer ressortübergreifenden Zusammenarbeit auf stadtreionaler Ebene erörtert. Basis einer differenzierten inhaltlichen Auseinandersetzung sind konkrete Erfahrungen aus der kommunalen Praxis.

LEITLINIEN

Brandenburger Städte - entscheidend für die Zukunft des Landes

Die kommunale Eigenständigkeit, die Tatkraft ihrer Bewohner und eine gezielte Förderpolitik des Landes haben die Städte im Land Brandenburg in den vergangenen 20 Jahren zu dem gemacht, was sie heute sind: lebendige Kristallisationspunkte! Ob in der ländlich geprägten Kleinstadt oder in der pulsierenden Landeshauptstadt – in den Städten lebt und arbeitet der Großteil der Brandenburger. Ob und wie die heute unbestritten hohe Lebensqualität, Attraktivität und Leistungsfähigkeit unserer Städte erhalten und weiterentwickelt werden kann, ist die zentrale Frage und Herausforderung für die kommenden Jahre. Und es ist eine Frage und Herausforderung nicht nur für die Städte, sondern auf Grund der Bedeutung der Städte für die Zukunft des gesamten Landes Brandenburg.

Strukturpolitische Rahmenseetzungen für eine Stärkung der Städte erforderlich

Die Weichen werden jetzt gestellt. Doch welche Fahrtrichtung letztlich eingeschlagen wird, hängt wesentlich auch davon ab, wie die Akteure auf Bundes- und Landesebene künftig ihre strukturpolitischen Rahmenseetzungen auf eine Stärkung der Städte ausrichten werden und dabei auch die unterschiedliche raumstrukturelle Bedeutung der **Städte** im Auge behalten.

Globale Entwicklungstrends und Brandenburgische Besonderheiten

Global gesehen konzentriert sich die Bevölkerung immer mehr in den Städten, dies ist auch in Brandenburg festzustellen. Diese generelle Entwicklung wird im Land Brandenburg von weiteren Besonderheiten und z. T. gegenläufigen Entwicklungstrends überlagert:

- ◆ Es gibt im Flächenland Brandenburg nur eine Großstadt und 24 Mittelstädte, von denen wiederum nur drei Städte mehr als 50.000 Einwohner aufweisen. Das Gros der Brandenburger Städte sind Kleinstädte und kleine Landstädte.
- ◆ Die Stadtgröße in Verbindung mit der Lage zur Metropole Berlin markieren die Eckpfeiler der strukturellen Bedeutung für die Landesentwicklung und der kommunalen Aufgaben in der Daseinsvorsorge. Die Entwicklung in Brandenburg ist natürlich in starkem Maße durch die Metropole Berlin geprägt.
- ◆ Im weiteren Metropolenraum gibt es – wenn auch rückläufig – weiterhin Bevölkerungsverluste, während im Berliner Umland mehr Zuzüge als Fortzüge zu verzeichnen sind.
- ◆ Der Unterhalt vieler Infrastrukturen in der Fläche wird auf Dauer nicht zu bewerkstelligen sein. Die demografische und wirtschaftliche Entwicklung wird daher mit einer weiter steigenden Konzentration von Wohnen und Arbeiten sowie zentralörtlichen Funktionen in den Städten einhergehen (u.a. Bildung, Kultur, Medizin, Soziale Betreuung).
- ◆ Das Nebeneinander von wachsenden und schrumpfenden Städten wird auch künftig die Entwicklung im Land bestimmen. Es ist eine zunehmende Differenzierung der Handlungsbedarfe zwischen wenigen wachsenden und vielen schrumpfenden Städten sowie zwischen größeren und kleineren Städten zu erwarten.

Die notwendige Sicherstellung der Daseinsvorsorge in sehr unterschiedlichen Raumkonstellationen bringt hohe Anforderungen an das kommunale Handeln mit sich. Hinzu kommen übergreifende Herausforderungen wie die Gefahr zunehmender sozialer Disparitäten und regionaler Ungleichgewichte, Nachwuchsprobleme und Fachkräftemangel in der Wirtschaft, steigende Energiekosten, die Konsequenzen aus dem Klimawandel und ein zunehmender Altersdurchschnitt der Brandenburger Bevölkerung. Hier muss zielgenau reagiert werden. Es bedarf klarer Strategien –

vor Ort, kleinteilig und effizient, aber auch auf regionaler und auf Landesebene.

- ◆ Wir Städte im Land Brandenburg wollen und können hier den zentralen Beitrag leisten. Jedoch müssen die Voraussetzungen für eine weiterhin stringente Entwicklung der Städte stimmen.
- ◆ Wir brauchen eine umfassende **Funktionalreform**, die die kommunale Selbstverwaltung stärkt und die Funktions- und Aufgabenteilung effizient, zukunftsfest und bürgernah regelt. Eine Kommunalisierung von Aufgaben setzt zwingend eine adäquate Finanzierung der Aufgabenwahrnehmung voraus (s. Art. 97 Abs. 3 LVerfBbg).

Brandenburger Städte – Wirtschaftsstandorte mit Anspruch

Die Städte sind die Zentren der Wertschöpfung im Land Brandenburg. Dabei prägen Klein- und mittelständische Unternehmen das Bild der Brandenburger Wirtschaft. Sie bedürfen als wirtschaftliche Basis des Landes einer weiteren Stärkung.

Die Städte halten die Wirtschaft in Bewegung und bieten, was bestehende Unternehmen, aber auch neu ansiedelnde Unternehmen und Existenzgründer brauchen: eine ausgezeichnete Infrastruktur, Zugang zu anderen Unternehmen, Zugang zu Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen sowie zu Bildungseinrichtungen. Unsere Städte haben, was Unternehmer und qualifizierte Fachkräfte schätzen: gute Bildungschancen für ihre Kinder, überschaubare Strukturen und kurze Entscheidungswege, ein großes Freizeitangebot und ein attraktives landschaftliches Umfeld – kurz: eine hohe Lebensqualität!

Die von Unternehmen hoch geschätzten Vorzüge unserer Städte müssen erhalten und noch mehr auf die sich ändernden Rahmenbedingungen ausgerichtet werden:

- ◆ Wir brauchen eine stärkere Verzahnung von Wirtschaft, Wissenschaft und Bildung, um unsere Nachwuchs- und Fachkräfteprobleme in den Griff zu bekommen und eine darauf abgestimmte Struktur-, Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik.
- ◆ Für die Fachkräftesicherung brauchen wir neben einem wettbewerbsfähigen Einkommen eine hohe Wohn- und Lebensqualität in unseren Städten. Um die zu gewährleisten, brauchen wir wiederum das konzertierte Zusammenwirken von kommunaler Politik und Verwaltung, aber auch von Landesregierung, Landkreis und Stadt.
- ◆ Wir brauchen eine räumlich differenzierte und auf die jeweiligen Stärken ausgerichtete Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsförderung:
 - Um die Wettbewerbs- und Exportfähigkeit unserer Unternehmen weiter zu erhöhen, setzen wir verstärkt auf Innovation und Zukunftstechnologien und brauchen hierfür verlässliche Rahmensetzungen seitens der Landesregierung.
 - Touristische Leistungsträger, Handwerks-, Handels- und Dienstleistungsbetriebe sind die Säulen der Wirtschaft in unseren Klein- und Landstädten. Sie sind für die Wirtschaftskraft im ländlichen Raum unverzichtbare Bestandteile.

Brandenburger Städte – Wohnstandorte mit Perspektive

Ein entscheidender Motor für die Entwicklung der Brandenburger Städte ist die organisierte Wohnungswirtschaft. Die großen Anstrengungen in den vergangenen Jahren bei der Sanierung, beim Neubau und beim Stadtumbau mit Abriss und Rückbau prägen heute das Bild unserer Städte.

Ein attraktives Wohnungsangebot ist zugleich ein zentraler Beitrag für die Lebensqualität in den Städten. Die Wohnungswirtschaft ist ein wichtiger Faktor der lokalen Wertschöpfung, da sie ein

großer Auftraggeber für die mittelständische Wirtschaft ist. Gemeinsam mit dieser wird sie sich den zukünftigen Herausforderungen der energetischen Quartiersentwicklung und der Verbesserung der Energieeffizienz der Gebäudesubstanz zu bezahlbaren Mieten stellen. Die Wohnungswirtschaft wird sich angesichts der demografischen Entwicklungen in zunehmendem Maße auf eine sich ändernde Wohnungsnachfrage einstellen müssen. Hinzu kommt, dass die Anforderungen an Energieeffizienz und „bezahlbaren Wohnraum“ gleichermaßen bedient und abgeglichen werden müssen. Die Städte und Wohnungsunternehmen müssen bei der Anpassung der Wohnungsangebote immer stärker die regionalen Wohnungsmärkte im Fokus haben.

- ◆ Wir brauchen starke Wohnungsunternehmen als Partner der Stadtentwicklung.
- ◆ Dafür ist auch künftig eine verlässliche Städtebau- und Wohnraumförderung Voraussetzung.
- ◆ Die „soziale Wohnraumförderung“ muss ausgebaut werden. Förderkonditionen und erzielbare Fördereffekte sind auf die unterschiedlichen Bedingungen der Wohnungsmärkte im Land auszurichten.

Brandenburger Städte – Garanten für Bildung, Gesundheit und Versorgung für das gesamte Land

[ausführlicher unter BRANDENBURGER STÄDTE – ZENTREN DER DASEINSVORSORGE]

Die Städte im Land Brandenburg sind unverzichtbar für die Daseinsvorsorge. Zeitgemäße Bildungsangebote, eine auf die tatsächlichen Anforderungen ausgerichtete Gesundheitsinfrastruktur und breit gefächerte Angebote in den Bereichen Wohnen, Handel und Dienstleistung können nur in den Städten wohnortnah und qualitativ hochwertig bereitgestellt werden. Aktuell verzeichnen zahlreiche Städte Zuzüge aus dem Umland, weil passfähige Angebote in der Fläche nicht aufrecht zu halten sind. Dieser Entwicklungstrend wird sich voraussichtlich weiter verstärken. Eine klare Kosten-Nutzen-Abwägung aus Sicht des Landes kann daher nur zu einem Ergebnis führen: Vorrang für unsere Städte!

Wir brauchen ein landesweit und institutionsübergreifend abgestimmtes und zukunftsfähiges System der Daseinsvorsorge, welches auf die räumlich sehr differenzierten Aufgabenkonstellationen ausgerichtet ist:

- ◆ Wir brauchen eine **Bildungspolitik**, die trotz demografisch bedingter Probleme einerseits die Chancengleichheit über alle Bevölkerungsgruppen und Regionen sichert und andererseits eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Landes im Blick hat.
- ◆ Wir brauchen eine **Gesundheitspolitik**, die eine ausreichende und sozial gerechte Gesundheitsversorgung der Bevölkerung gewährleistet.
- ◆ Wir brauchen eine **Sozialpolitik**, die sowohl die Vereinbarkeit von Familie und Beruf unterstützt als auch dem zunehmenden Altersdurchschnitt der Bevölkerung Rechnung trägt sowie sozialen Disparitäten entschieden entgegenwirkt.

Brandenburger Städte – Zentren von Wissenschaft und Forschung

Die Städte im Land Brandenburg bieten Wissenschaft und Forschung ein attraktives Umfeld. Von insgesamt 42 Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen im Land Brandenburg sind 37, d.h. nahezu 90 %, in Städten angesiedelt. Studentinnen und Studenten an unseren Universitäten und Hochschulen schätzen ein urbanes Umfeld. Dass sie das in unseren Städten finden und dass sich unsere Universitäten und Hochschulen wachsender Beliebtheit erfreuen, belegen die Studierenden-Zahlen, die sich von 2000 bis 2013 um 67 % erhöht haben.

Forschungseinrichtungen finden in unseren Städten Partner aus der Wirtschaft, mit denen Forschungsergebnisse in der Praxis getestet bzw. eingeführt werden können.

- ◆ Wir brauchen eine Wissenschaftspolitik, die Wissenschaft und Forschung im Land stärkt. Daher ist eine Reduzierung der Studienplätze vor dem Hintergrund des absehbaren Fachkräftemangels kontraproduktiv.
- ◆ Wir brauchen Städte, deren urbane und infrastrukturelle Qualitäten für Wissenschafts- und Forschungsinstitutionen und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiterhin attraktiv sind.
- ◆ Wir brauchen eine intensive Vernetzung von Wissenschaft/Forschung, Wirtschaft und Bildung im Land Brandenburg, um die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes langfristig und nachhaltig zu sichern.

Brandenburger Städte – Identität, kulturelle Vielfalt und eine aktive Bürgergesellschaft

Die Städte im Land Brandenburg machen mit unserer Jahrhunderte zurückreichenden Entwicklungsgeschichte die eigentliche Identität des Landes aus. Nicht zuletzt auch durch das große Engagement der Bürgerinnen und Bürger bieten unsere Städte ein breit gefächertes und vielfältiges kulturelles Angebot für Einwohner, Gäste und Touristen. Wir arbeiten intensiv an der großen Zukunftsaufgabe einer aktiven Bürgergesellschaft, ohne die die Herausforderungen der kommenden Jahre nicht zu meistern sein werden.

- ◆ Wir brauchen Rahmenbedingungen, die die weitere Stärkung unserer traditionsreichen, individuellen Innenstädte ermöglichen sowie den Erhalt eines vielfältigen Kulturangebotes.
- ◆ Wir brauchen ein verstärktes privatwirtschaftliches und bürgerschaftliches Engagement, um die Attraktivität und Angebotsvielfalt unserer Städte langfristig und nachhaltig zu sichern.
- ◆ Wir brauchen die aktive Bürgergesellschaft, um eine gleichberechtigte Teilhabe und aktive Mitwirkung an der Stadtentwicklung zu erreichen und damit sowohl die Identifizierung mit der Heimatstadt zu stärken als auch sozialen Disparitäten entgegenzuwirken.

Brandenburger Städte und StadtRegionen – Vorreiter beim integrierten Handeln und Fördern

Wir, die Städte im Land Brandenburg wissen, wo wir hin möchten. Wir haben integrierte Konzepte für die Stadtentwicklung erstellt und sind auf künftige Entwicklungen vorbereitet. Wir haben Partner in der Wirtschaft und Wissenschaft, in der Bildung, im Sozialbereich und in der Kultur. Am wichtigsten aber ist die Tatsache, dass wir Städte Bürgernähe garantieren und das bürgerschaftliche Engagement hier seine Wurzeln hat.

Integriertes Handeln macht an den Stadtgrenzen nicht halt. Viele der Zukunftsaufgaben lassen sich nur im Kontext mit unseren Umlandkommunen und in regionaler Zusammenarbeit lösen. Diese Erkenntnis ist bei uns inzwischen gelebte Realität. Energieregion Lausitz, FreiRaum Ruppiner Land, Region @see, Kleeblattregion, Spreewalddreieck, Wachstumskern Autobahndreieck Wittstock/Dosse, REGiO Nord, die Kommunale Arbeitsgemeinschaft „Der Teltow“ (KAT) und das Kommunale Nachbarschaftsforum – dies sind nur einige der zahlreichen Beispiele, die das Engagement und auch den Erfolg unsere Städte auf diesem Weg belegen.

- ◆ Wir brauchen eine ressortübergreifende Ausrichtung und Abstimmung der Fachpolitiken auf Landesebene zur Stärkung der Städte.
- ◆ Wir brauchen eine klare Unterstützung von Land und Bund und wir brauchen eine verbindliche Mittelausstattung, um aktuelle Aufgaben zu erledigen und die Zukunft zu gestalten.
- ◆ Wir brauchen verstärkte Anreize zum Ausbau der Kooperation zwischen Städten und deren Umland. Gemeinsame Konzepte, Dialogprozesse und Projekte für stadtrregionale Lösungen der Daseinsvorsorge sollen vorrangig gefördert werden.
- ◆ Wir brauchen einen regen Austausch zu den Projekten und Erfahrungen interkommunaler

Zusammenarbeit und regen an, auf Landesebene eine entsprechende Informations- und Kommunikationsplattform einzurichten (wie z. B. „Infopool Stadtentwicklung“ des LBV).

Die Konsequenz: „Stärken stärken“ heißt „Brandenburger Städte stärken“

Wir, die Städte im Land Brandenburg, unterstützen den Politikgrundsatz „Stärken stärken“. Die Zukunftsaufgaben des Landes sind nur über die Städte und mit den Städten zu lösen. Wir Städte wissen, was für unsere Wirtschaft und Bürgerschaft wichtig ist. Wir Städte gewinnen die Menschen für gesellschaftliches Engagement und schaffen Identität. Dafür benötigen wir - insbesondere in der nächsten EU-Haushaltsperiode - eine integrierte Förderung und mehr Flexibilität und Eigenständigkeit zur Umsetzung unserer integrierten Konzepte.

BRANDENBURGER STÄDTE – ZENTREN DER DASEINSVORSORGE

Daseinsvorsorge sichern heißt: Anforderungen räumlich differenziert betrachten

In unseren Städten konzentrieren sich die Einrichtungen und Angebote der Daseinsvorsorge. Ihre zukunfts feste Sicherung wird angesichts der demografischen Entwicklung zur immer größeren Herausforderung. Die Städte stellen sich dieser Herausforderung. Angesichts rückläufiger Einnahmen (auslaufende Solidarpakt II, Rückgang der EU-Strukturfondsmittel, Änderungen im Länderfinanzausgleich) müssen die bisherigen Standards und Regelungen, Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten, Organisation und Finanzierung der entsprechenden Aufgaben grundsätzlich überprüft und zukunfts fest gestaltet werden. Dabei müssen die z. T. sehr unterschiedlichen Raumkonstellationen und die damit einhergehenden Aufgabenkonstellationen und Prioritäten entsprechend differenziert betrachtet werden.

- ◆ Die Entwicklung der **Städte im Berliner Umland** wird durch Entwicklungsdynamik, die Attraktivität und die enge Verflechtung mit der Metropole Berlin geprägt. Die Einwohnerzuwächse – insbesondere auch junger Familien – werden weiter anhalten. Aus den intensiven Berufspendlerverflechtungen mit Berlin erwachsen spezifische Anforderungen an eine effiziente und nachhaltige Entwicklung und Ausbau der Verkehrsbeziehungen. Der Ausbaubedarf im Kita-, Schul- und Hortbereich setzt sich weiter fort, während Einzelhandel-, kulturelle und Freizeitangebote immer im engen Kontext mit den Berliner Angeboten zu betrachten sind.
- ◆ Anders die **Ober- und Mittelzentren im weiteren Metropolenraum**. Die Bevölkerungsverluste haben sich zwar verringert, aber sie werden auch weiter anhalten. Perspektivisch werden sich die Entwicklungen der Städte jedoch immer weiter ausdifferenzieren. Es wird sowohl Städte mit stabiler Entwicklung als auch Städte mit wieder zunehmenden Bevölkerungsverlusten geben. Der Zuzug von Älteren und Haushalten mit sozialem Versorgungsbezug aus den ländlichen Regionen in die Städte wird anhalten. Der Altersdurchschnitt wird hier durchweg stärker steigen, als im Berliner Umland. Gleichzeitig sind diese Städte die Wirtschafts-, Bildungs- und kulturellen Zentren der jeweiligen Regionen. Neben den beruflichen Entwicklungsperspektiven wird künftig immer mehr die gebotene Lebensqualität darüber entscheiden, wie sich diese Städte im Wettbewerb um Fachkräfte und Wanderungsgewinne positionieren können.
Die drei Oberzentren im weiteren Metropolenraum haben als kreisfreie Städte gleichzeitig auch die Aufgaben eines Landkreises wahrzunehmen. Aufgrund der Einnahmeverteilung zwischen den kommunalen Gebietskörperschaften und ihrer Aufgabenwahrnehmung für die Region werden die Städte dabei zunehmend finanziell benachteiligt.
- ◆ Die **Kleinstädte und kleinen Landstädte im weiteren Metropolenraum** (ohne zentralörtliche Funktion) haben eine wichtige Funktion für die Stabilität der Raumentwicklung und auch sie haben Versorgungsaufgaben für ihr Umland wahrzunehmen. In der Regel sind sie am stärksten von den negativen Auswirkungen der demografischen Entwicklung betroffen und stehen ebenfalls vor großen Herausforderungen. Die Ankerfunktion in Räumen mit anhaltenden Bevölkerungsverlusten bringt die kleinen Städte an die Leistungsgrenzen. Notwendige Anpassungen und der Unterhalt von Infrastrukturen für weniger Einwohner und größere räumliche Distanzen führen zwangsläufig zu höheren einwohnerbezogenen Kosten. Bessere Voraussetzungen und Anreize für flexible Versorgungsmodelle und Funktionsteilungen in den Stadtregionen sind notwendig.

Daseinsvorsorge sichern heißt: Die Zentren der Daseinsvorsorge müssen gut erreichbar sein

Die Wahrnehmung von Funktionen und Aufgaben für die Bürgerinnen und Bürger unserer Städte wie auch der jeweiligen Versorgungsbereiche setzt voraus, dass die Städte gut erreichbar sind.

- ◆ Wir brauchen eine leistungsfähige und attraktive Einbindung der Städte in die übergeordneten Verkehrsnetze. Von besonderer Bedeutung sind hierbei die Erreichbarkeit Berlins, der Landeshauptstadt Potsdam und des internationalen Verkehrsflughafens Berlin Brandenburg (BER).
- ◆ Wir brauchen ideenreiche und intelligente Mobilitätskonzepte, die den unterschiedlichen Anforderungen in den verschiedenen Teilräumen gerecht werden und allen Bürgerinnen und Bürgern eine sozialverträgliche und umweltfreundliche Mobilität ermöglichen. Hierbei soll auch auf die vielfältigen und bereits umfangreich vorhandenen praktischen Erfahrungen und wissenschaftlichen Erkenntnisse zurückgegriffen werden.
- ◆ Wir brauchen Rahmenbedingungen, die den Erhalt und anforderungsgerechten Ausbau (Stichwort Barrierefreiheit) der kommunalen Verkehrssysteme ermöglichen. Eine Übertragung der Straßenbaulast auf Städte setzt voraus, dass die Wahrnehmung dieser Aufgabe dauerhaft finanziell gesichert ist.

Daseinsvorsorge sichern heißt: Bildungslandschaft als Standortfaktor qualifizieren

Die Städte verfügen aktuell über ein grundsätzlich gut strukturiertes und nachfragegerechtes Angebot an Bildungseinrichtungen. Während die Verwaltung und Bewirtschaftung der Schulgebäude in der Regel den Stadtverwaltungen obliegt, haben die Städte auf das, was in den Schulen geschieht (Personal und Lehrpläne), keinen oder nur geringen Einfluss.

- ◆ Wir brauchen eine Bildungspolitik, die noch stärker auf die Lebenswirklichkeit im Land eingeht und auch die relevanten Akteure vor Ort in den Städten - dort, wo Bildung stattfindet - in einen dringend erforderlichen bildungspolitischen Diskurs einbindet.
- ◆ Wir brauchen eine strukturelle Gliederung von Schulverwaltung und Zuständigkeiten, die unseren Städten mehr Einflussmöglichkeiten auf die städtische und stadregionale Schulentwicklung offeriert. Eine wirksame Harmonisierung zeitlicher Planungshorizonte von Schul- und Stadtentwicklungsplanung sind dabei ebenso wichtig wie eine schulort- und praxisnahe Begleitung durch die Schulämter zu gewährleisten.
- ◆ Wir brauchen einen klar fokussierten Austausch und Abgleich zwischen Bildungs-, Sozial-, Wirtschafts- und Stadtentwicklungspolitik, um Standards und Vorgaben an regionale Besonderheiten und Erfordernisse anzupassen, um durch gezielte bildungspolitische Maßnahmen und Rahmensetzungen einem drohenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken und um eine optimale Integration und Förderung von sozial Benachteiligten und Migranten zu ermöglichen.

Daseinsvorsorge sichern heißt: Gesundheitsversorgung zukunftsfähig gestalten

Die Städte sind die Zentren der Gesundheitsversorgung mit einer guten Infrastruktur an medizinischen Einrichtungen und niedergelassenen Ärzten. Angesichts der demografischen Entwicklungen wird die Aufrechterhaltung des Versorgungsstandards in den Städten und insbesondere die Versorgung der ländlichen StadtRegionen immer mehr zur Herausforderung.

- ◆ Wir benötigen noch mehr innovative und intelligente Lösungsansätze wie z. B. das Regio-Med-Konzept der Kassenärztlichen Vereinigung, um eine die ärztliche Versorgung der ländlichen Räume zu gewährleisten.
- ◆ Wir brauchen eine Überprüfung der Bemessungsgrundlagen zur Ermittlung der statistischen

Versorgungssituation in den Planungsbereichen mit dem Ziel die ärztliche Zulassungspraxis noch stärker auf die räumliche Ausdifferenzierung der Bedarfslage auszurichten.

- ◆ Wir brauchen ein attraktives Anreizsystem und entsprechende Rahmenseitens Land und Kassenärztlicher Vereinigung zur Entwicklung und praktischen Umsetzung intelligenter Lösungen zur Sicherung der Gesundheitsversorgung in den ländlichen Einzugs- bzw. Versorgungsbereichen unserer Städte.

Daseinsvorsorge sichern heißt: Sozialpolitik auf kommunale Bedarfe und Möglichkeiten abstimmen

Die sozialpolitischen Herausforderungen werden angesichts einer zunehmend älteren Bevölkerung, einer wachsenden Zuwanderung von eher sozial schwächeren Haushalten aus dem ländlichen Umland und drohender Altersarmut weiter zunehmen und sich in den Städten konzentrieren.

- ◆ Wir brauchen in unseren Städten flexible und qualitätsvolle Betreuungsangebote für Kinder und schaffen damit die Grundlagen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
- ◆ Wir brauchen eine Sozialpolitik, die die demografisch bedingt zunehmenden Lasten nicht einseitig den Städten aufbürdet.
- ◆ Wir brauchen gemeinschaftliche Anstrengungen, um ausreichende Kapazitäten im Pflege – und Betreuungsbereich zu sichern.
- ◆ Gemeinsam müssen wir durch bessere Information, Kommunikation und Aufklärung die Integration von Migranten befördert.

FORDERUNGEN AN DIE LANDESREGIERUNG

1. Die Städte erneuern ihre Forderung einer funktions- und aufgabengerechten Finanzausstattung. Dies setzt voraus, dass die Aufgabenteilung zwischen Bund, Land, Landkreisen und Städten klar geregelt wird. Eine umfassende Funktionalreform, die die Aufgabenverteilung zukunftssicher regelt und die kommunale Selbstverwaltung stärkt, ist im Dialog mit den Städten zu erarbeiten. Das Konnexitätsprinzip ist in aller Konsequenz herzustellen und anzuwenden. Erst auf der Basis der Ergebnisse eines solchen Prozesses können sinnvolle Vorschläge für eine von Landesseite beabsichtigte Verwaltungs- und Kreisgebietsreform erarbeitet und abgestimmt werden.
Die Städte müssen auch künftig in die Lage versetzt werden, durch eine entsprechende Finanzausstattung in wichtige Stadtentwicklungs- und Stadtregionsprojekte investieren zu können.
2. „Stärken stärken“ heißt primär „Städte stärken“ und „Vorrang für die Städte“ bedeutet, dass vor allem die Infrastrukturpolitik ressortübergreifend auf eine Stärkung der Städte auszurichten ist. Eine Beteiligung der Städte an Infrastrukturplanungen und -entscheidungen mit regionaler und landesweiter Bedeutung ist zu gewährleisten. Der Begriff Infrastruktur schließt die sogenannten weichen Standortfaktoren – wie Bildungsinfrastruktur, soziale und medizinische Infrastruktur, kulturelle Infrastruktur, Sport- und Freizeitinfrastruktur – ausdrücklich ein.
3. Zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit des Landes soll die Landesregierung den direkten und gleichberechtigten Dialog mit den Städten fortführen und weiter intensivieren. Die Stärkung der Städte als Wirtschaftsstandorte, die Sicherung der Daseinsvorsorge, die zukunftsfeste Gestaltung Brandenburger Verwaltungsstrukturen und die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung sind die zentralen Themen aus der Sicht der Städte. Die drei Arbeitsgemeinschaften können als Plattform für den Dialog genutzt werden.
4. Für die Städte sind die städtebauliche Entwicklung, die Erhaltung des bauhistorischen Erbes und der Stadtumbau Daueraufgaben, die nach wie vor der Unterstützung durch Land und Bund bedürfen. Durch eine stärkere Flexibilisierung der Programme ist den strukturellen Besonderheiten in den einzelnen Städten und Stadtteilen Rechnung zu tragen.
5. Die Zukunftsaufgaben sind vielfach nur im regionalen Kontext bzw. im engen Zusammenwirken von Städten und Umlandgemeinden zu bewältigen. Die Landesregierung soll die Städte in ihrem Bemühen um interkommunale Lösungsansätze durch rechtliche und fiskalische / förderrechtliche Rahmensetzungen unterstützen sowie durch Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation von guten Praxisbeispielen zum Abbau von Ängsten und Ressentiments beitragen.
6. Die Fachpolitiken der Landesregierung sind wesentlich besser aufeinander abzustimmen und konsequent auf eine integrierte Stärkung der Städte auszurichten, wobei den raumstrukturellen Besonderheiten in den Teilräumen Rechnung zu tragen ist. Städtische und ländliche Entwicklungsimpulse entfalten nur im Zusammenwirken nachhaltige Effekte.
7. Die Landesregierung soll auf Bundesebene – z. B. in den ressortbezogenen Landesministerkonferenzen – darauf Einfluss nehmen, dass gesetzliche Rahmensetzungen und Standards (mit Blick auf die demografischen Entwicklungen) auf den Prüfstand gestellt werden und für eine zukunftsfeste Daseinsvorsorge fit gemacht werden (Beispiele: Gesundheitspolitik, Bildungspolitik, Nahverkehr).



8. Die nationale und europäische Förderung der Stadt-, Regional- und ländlichen Entwicklung sind noch besser und einfacher zu verzahnen. Förderprogramme sind zu bündeln und in ihrer Anwendung flexibler zu gestalten. Antrags- und Abrechnungsverfahren sind zu vereinfachen und zu synchronisieren.
9. Die bundesseitig gestärkte Städtebauförderung muss im Land eine Entsprechung finden. Die Landesanteile in der Bund-Länder-Förderung sind zu sichern und zu verstetigen.
10. Aufbauend auf dem 2013 erstmals vorgelegten „Stadtentwicklungsbericht“ soll die „Situation der Städte“ auch künftig Gegenstand von Kabinettsbefassungen und Parlamentssitzungen sein. Hierfür sind die Einbindung aller Ressorts der Landesregierung und die interministerielle Abstimmung weiter zu forcieren. In Anlehnung an die RWK-Statusberichte wird eine regelmäßige Fortschreibung des „Stadtentwicklungsberichts“ und Befassung in Kabinett und Parlament im Abstand von zwei Jahren angeregt. Außerdem würden die Städte es sehr begrüßen, wenn sich die Stadtentwicklung als Aufgabe nach der neuen Regierungsbildung wieder im Titel des zuständigen Ministeriums widerspiegelt.

Potsdam, den 07.04.2014